

- Frankfurter Erklärung der Ernährungsräte -

Ernährungsdemokratie jetzt!

Beim zweiten Kongress der deutschsprachigen Ernährungsräte vom 23.11. – 25.11. 2018 in Frankfurt am Main, haben wir als Netzwerk die folgende Erklärung verabschiedet.



Weltweit organisieren sich Bürger*innen in Ernährungsräten, um als Bündnis zivilgesellschaftliche Positionen und Forderungen für ein zukunftsfähiges Ernährungssystem öffentlich zu vertreten und ihnen zu politischer Geltung zu verhelfen.

Die Gründe für eine Ernährungswende sind offensichtlich: Die industrielle Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion befördern den Klimawandel, die Abholzung der Wälder, die Zerstörung der Böden, Wasserknappheit sowie -verschmutzung und den Verlust von Biodiversität mit Auswirkungen in Deutschland, der Europäischen Union und überall in der Welt. Wenige große Unternehmen der Agrarwirtschaft profitieren, während viele bäuerliche Betriebe und handwerkliche Verarbeiter aufgeben müssen. 800 Millionen Hungernde, mehr als eine Milliarde fehlernährte Menschen – und parallel dazu zwei Milliarden Übergewichtige – weltweit zeigen, dass das globale Ernährungssystem aus dem Ruder gelaufen ist.

Ein Systemwandel ist möglich, denn immer mehr Bürger*innen schätzen gutes Essen und Klarheit darüber, wo und wie es erzeugt wird. Sie kaufen ökologische, saisonale und regionale Produkte. Das zeigt uns, dass gutes Essen und gute Landwirtschaft möglich sind – jetzt und in Zukunft, hier in Deutschland und überall.

Zentral ist dabei, dass die Verantwortung für eine zukunftsfähige Ernährungsweise nicht auf Akteure wie Lebensmittelproduzent*innen und Konsument*innen abgewälzt werden darf. Vielmehr ist es Aufgabe der Politik, für die Rahmenbedingungen zu sorgen, die ein zukunftsfähiges, relokalisiertes Ernährungssystem ermöglichen. Die Politik ist gefordert Formen des nachhaltigen Wirtschaftens zu fördern.

Eine demokratische, gerechte, freie und weltoffene Gesellschaft ist für das Gelingen der Ernährungswende dabei unabdingbar!

Die Ernährungsräte im deutschsprachigen Raum sind in den Städten und Gemeinden vor Ort aktiv, um die Ernährungswende auf lokaler Ebene mit zu gestalten.

Mit den nachfolgenden Forderungen treten wir an die Öffentlichkeit:

Veränderte Rahmenbedingungen durch politische Verantwortung:

Der Zugang zu gesunden Lebensmitteln muss auch als Ausdruck des Vorsorgeprinzips Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Städte und angrenzende Regionen spielen eine zentrale Rolle bei der Schaffung einer nachhaltigen Lebensmittelversorgung. Die aktuell bestehenden planerischen und entwicklungspolitischen Instrumente sollen auch die Belange der Lebensmittelerzeugung und Verteilung berücksichtigen – und zwar weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Wahre Preise und Transparenz im wirtschaftlichen System:

Die aktuellen Wirtschaftsstrukturen mindern die Wettbewerbsfähigkeit einer nachhaltigen Lebensmittelversorgung. Wir brauchen eine korrekte Einpreisung externer Kosten (d.h. direkt und indirekt verursachte ökologische und soziale Probleme) bei Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung

Macht der Verbraucher*innen und Verantwortung der Politik:

Die Verantwortung kann nicht allein auf die Verbraucher*innen abgewälzt werden, während echte Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung fehlen. Appelle zu nachhaltigem Konsum scheitern unter anderem an fehlenden attraktiven Alternativen.

Wertschöpfungsketten zu Wertschöpfungskreisläufen:

Regionale Lebensmittelversorgung erfordert funktionierende, (lokale) Wertschöpfungskreisläufe und Infrastrukturen. Eine Ernährungswende gelingt dabei nur zusammen mit einer Agrarwende unter Beteiligung aller Stufen der Wertschöpfung.

Voneinander Lernen und existierende Lösungen übertragen:

In vielen Regionen gibt es bereits zahlreiche Erfolgsbeispiele nachhaltiger Lebensmittelversorgung. Diese gilt es zu fördern und zu multiplizieren. Hierbei kommt vor allem den Politiker*innen in Städten und Gemeinden eine größere Verantwortung zu, die sie wahrnehmen müssen.